

Harald Schoen / Jürgen W. Falter

Erschienen in:

Brockhaus Enzyklopädie Jahrbuch 2002, 111-114.

Deutschland: Die Bundestagswahl

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

Am 22. September 2002 stellte sich erstmals in der deutschen Geschichte eine rot-grüne Bundesregierung dem Wählervotum. Sie war 1998 angetreten, Deutschland zu modernisieren und vor allem die Arbeitslosigkeit deutlich zu senken. Nachdem sie in ihrem ersten Amtsjahr infolge handwerklicher Fehler von der öffentlichen Meinung sehr kritisch beurteilt worden war, konnte sie 2000 und 2001 mit einigen Reformerfolgen und begünstigt vom CDU-Spendenskandal größeres Ansehen erwerben. Da es ihr allerdings nur in sehr bescheidenem Umfang gelang, das drängendste gesellschaftliche Problem, die Massenarbeitslosigkeit, zu bekämpfen, bot sie der Opposition eine beachtliche Angriffsfläche. Daher schien es zu Beginn des Jahres 2002 höchst ungewiß, ob die Bürger die Regierung bestätigen oder abwählen würden.

Der Wahlkampf setzte ein, nachdem CDU und CSU im Januar 2002 den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber zu ihrem Kanzlerkandidaten gekürt hatten. In das Zentrum ihrer Kampagne rückte die Union wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Fragen. Dabei verfolgte sie eine Doppelstrategie: Indem sie auf die ökonomische Schieflage im Land hinwies und an das nicht eingelöste Versprechen des Bundeskanzlers erinnerte, die Arbeitslosenzahl binnen einer Legislaturperiode auf 3,5 Millionen zu senken, versuchte sie die Wahl zu einer Abstimmung über die eher magere wirtschaftspolitische Regierungsbilanz zu machen. Um ihre Wirtschaftskompetenz zu unterstreichen, legten CDU und CSU eigene Programme vor und nominierten als künftigen 'Superminister' für Wirtschaft und Arbeit Lothar Späth, der ökonomischen Sachverstand verkörpern und speziell ostdeutsche Bürger ansprechen sollte. Gleichwohl überzeugte die Union eher mit ihrer Analyse der Lage als mit ihren Lösungsvorschlägen.

Inhaltlich setzte die FDP in ihrer Kampagne gleichfalls auf wirtschaftspolitische Themen und trat für Abgabensenkungen und Deregulierung ein. In der öffentlichen Wahrnehmung standen diese Vorschläge jedoch im Schatten von Versuchen, die FDP als eine eigenständige liberale Volkspartei zu etablieren. Dazu verzichtete die Partei auf jegliche Koalitionsaussage, gab das ambitionierte Ziel aus, 18% der Stimmen zu erzielen, und nominierte ihren Vorsitzenden als ersten Kanzlerkandidaten der FDP. Damit konnte sie zwar ihre Unabhängigkeit demonstrieren, doch nährten dieser Kurs sowie einige allzu provokative Werbeideen ernsthafte Zweifel an der Seriosität der FDP.

Die vierte parlamentarische Oppositionspartei, die PDS, lenkte ihr Augenmerk ebenfalls auf wirtschaftspolitische Fragen, wenn auch aus einer anderen Perspektive: Wie bei früheren Gelegenheiten geißelte sie ‚neoliberale‘ Politikkonzepte und trat für ‚soziale Gerechtigkeit‘ ein. Ihre anfangs guten Wahlaussichten verschlechterten sich jedoch, als ihr zugkräftigster

Spitzenpolitiker Gregor Gysi affärenbedingt sein Amt als Berliner Wirtschaftssenator niederlegte.

Die Regierungsparteien gerieten im Laufe des Jahres 2002 in der öffentlichen Meinung zusehends ins Hintertreffen, die Meinungsumfragen wiesen stabil eine deutliche Mehrheit für eine christlich-liberale Koalition aus. Dazu trug nicht zuletzt die rot-grüne Regierung selbst bei, indem sie überzeugende Antworten auf die ökonomischen Probleme schuldig blieb. Die Bündnisgrünen schenkten in ihrer Kampagne Wirtschaftsfragen nur wenig Aufmerksamkeit und rückten ‚grüne‘ Themen wie Umwelt- und Bürgerrechtsfragen in den Vordergrund. Die SPD wich der Auseinandersetzung über Wirtschafts- und Arbeitsmarktfragen nicht aus, doch agierte sie eher defensiv und nicht ganz schlüssig: Um das Verfehlen ihres arbeitsmarktpolitischen Ziels zu erklären, verwies sie auf die ungünstige weltwirtschaftliche Lage, machte sich aber zugleich das rein binnenwirtschaftlich angelegte Konzept der so genannten Hartz-Kommission zu eigen, das vor allem mit einer effizienteren Arbeitsvermittlung eine deutliche Senkung der Arbeitslosigkeit anstrebte. Diese Strategie, die die größere Regierungspartei mit einer Hervorhebung der Person des Bundeskanzlers verband, vermochte die Mehrheit der Wahlberechtigten jedoch lange Zeit nicht zu überzeugen. Obgleich, anders als 1998, keine deutliche Mehrheit der Bürger einen Regierungswechsel wünschte, schien sich daher über viele Monate hinweg eine Ablösung der rot-grünen Regierung abzuzeichnen.

Eine Wende brachten mehrere Ereignisse im August und September 2002, da durch sie neue Themen auf die vorderen Ränge der öffentlichen Prioritätenliste gelangten. Zum einen verlangte die katastrophale Hochwasser vor allem an der Elbe rasche Hilfe für die Flutopfer. Die Chance, sich als tatkräftiger Krisenmanager zu profilieren, ergriff der Bundeskanzler beherzt und zog in der Diskussion um die Finanzierung der Fluthilfe mit dem Vorschlag, die bereits verabschiedete, für 2003 vorgesehene 2. Stufe der Steuerreform zu verschieben, die Initiative an sich. Zum anderen thematisierten die Regierungsparteien die deutsche Haltung zu einem möglichen Militärschlag der USA gegen den Irak sehr stark. Mit ihrer strikten Ablehnung jeglicher deutschen Beteiligung bezogen sie sehr dezidiert Stellung und belasteten das Verhältnis zur US-Administration, da sich ihre Kritik am amerikanischen Vorgehen nicht selten zumindest an der Grenze zur persönlichen Verunglimpfung des US-Präsidenten bewegte. Ungeachtet dessen fanden SPD und Bündnisgrüne in der Öffentlichkeit erhebliche Unterstützung, da ihre Politik der Friedenssehnsucht eines großen Teils der Bevölkerung stärker entgegenkam, als dies Union und FDP mit ihren abgewogeneren und vergleichsweise unscharfen Positionen vermochten.

Diese beiden Fragen bestimmten neben wirtschaftspolitischen Themen die beiden so genannten TV-Duelle zwischen Bundeskanzler Schröder und seinem Herausforderer Stoiber, die mit jeweils rund 15 Mio. Zuschauern ein großes Publikum fanden. Bei der Premiere am 25. August konnte Stoiber seinen Kontrahenten und das Publikum mit einem unerwartet gelungenen Auftritt überraschen; dagegen ging aus dem zweiten Aufeinandertreffen der

Favorit Schröder in den Augen der Öffentlichkeit als eindeutiger Sieger hervor. Nimmt man die mediale Inszenierung und Aufregung zum Maßstab, wurde die Bedeutung dieser Ereignisse für den Ausgang der Wahl zweifelsohne überschätzt; gleichwohl könnten das zweite ‚Duell‘ und das einhellige öffentliche Urteil darüber den Stimmungsumschwung zugunsten der rot-grünen Regierungsparteien, die in der heißen Kampagnenphase inzwischen einen Koalitionswahlkampf führten, gefördert haben.

Angesichts dieses Trends in der öffentlichen Meinung waren sich die Experten vor dem Wahltag weitgehend einig, daß es einen sehr knappen Wahlausgang geben würde und nur wenige Mandate darüber entscheiden würden, welche Parteien die neue Regierung stellen würden. Diese Erwartung wurde nicht enttäuscht. Bei einer etwas gesunkenen Wahlbeteiligung von 79,1% lieferten sich die rot-grüne Bundesregierung sowie ein mögliches Bündnis aus CDU/CSU und FDP ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Die SPD erhielt 38,5% und fiel damit um 2,4%-Punkte hinter ihr Resultat von 1998 zurück; sie erzielte gleichwohl ihr zweitbestes Ergebnis seit der Wiedervereinigung. CDU/CSU errangen - bei bundesweit etwa 6000 Stimmen weniger - den gleichen gesamtdeutschen Stimmenanteil. Damit konnte sich die Union gegenüber 1998 um 3,3%-Punkte steigern; dennoch fuhr sie ihr bisher zweitschlechtestes Resultat bei einer gesamtdeutschen Wahl ein.

Einen erheblichen Teil der SPD-Verluste konnten Bündnis 90/Die Grünen auffangen, da sie sich um 1,9%-Punkte auf 8,6% steigerten, damit die dritte Position hinter SPD und CDU/CSU behaupteten und ihren bisher größten Erfolg bei einer Bundestagswahl erzielten. Die Zugewinne gehen vor allem auf das Konto eines weiteren Ausbaus der urbanen Grünen-Hochburgen, der seinen Ausdruck nicht zuletzt darin fand, daß Hans-Christian Ströbele in Berlin für die Grünen das erste Direktmandat ihrer Geschichte errang.

Die FDP konnte ebenfalls leichte Zugewinne von 1,2%-Punkten verbuchen und erzielte 7,4%; in Ostdeutschland überwand sie - anders als noch 1994 und 1998 - sogar wieder die 5%-Marke. Dennoch löste dieses Ergebnis in der Partei Enttäuschung aus, da die FDP deutlich an ihrem ehrgeizigen 18%-Ziel scheiterte.

Die PDS verfehlte sämtliche Wahlziele. Nachdem sie 1998 erstmals die bundesweite 5%-Hürde hatte überwinden können, rutschte sie 2002 wieder um 1,1%-Punkte auf 4,0% ab; besonders deutliche Verluste erlitt sie in ihren ostdeutschen Stammländern, wo sie von 21,6% auf 16,9% zurückfiel. Aber auch der Versuch, über die Grundmandatsklausel in Gruppenstärke in den Bundestag einzuziehen, scheiterte, da nicht drei, sondern lediglich zwei Direktmandate an PDS-Bewerberinnen fielen.

Alles in allem stärkten die Wähler das bürgerliche Lager aus CDU/CSU und FDP, ohne ihnen jedoch zu einer Regierungsmehrheit zu verhelfen. Von den insgesamt 603 Abgeordneten im 15. Deutschen Bundestag stellt die SPD 251 (darunter 4 Überhangmandate), CDU und CSU 247 (davon 1 Überhangmandat), Bündnis 90/Die Grünen 55, die FDP 48 und die PDS 2, so daß die Regierung 306 und damit vier Mandate mehr besitzt, als zur Kanzlerwahl erforderlich sind. Dank der grünen Stimmengewinne und dem Scheitern der PDS an der Fünfprozent- und

der Grundmandatsklausel kann daher die rot-grüne Regierung ihre Arbeit fortsetzen, allerdings auf einer schmaleren parlamentarischen Basis als vorher.

Das Wahlverhalten 2002 ist von starken regionalen Unterschieden gekennzeichnet. Zum einen fallen Differenzen zwischen West- und Ostdeutschland ins Auge. In den alten Bundesländern büßte die SPD wegen massiver Verluste von 4%-Punkten ihre 1998 errungene Position als stärkste Partei wieder ein; nicht zuletzt wanderte ein erheblicher Teil der SPD-Wähler des Jahres 1998 zurück zu CDU und CSU, so daß diese in Westdeutschland um 3,8%-Punkte zulegen und die SPD – wie bei 12 der 14 vorangegangenen Bundestagswahlen – überflügeln konnten. Daher läßt sich der Urnengang 2002 in den alten Ländern gleichsam als Rückkehr auf den Pfad politischer Normalität interpretieren, der bei der zum Plebiszit gegen Helmut Kohl umfunktionierten Ausnahmewahl 1998 verlassen worden war.

In Ostdeutschland brachte die Wahl 2002 bei einer um 8 %-Punkten niedrigeren Wahlbeteiligung als in den alten Bundesländern dagegen nicht die Rückkehr zu den Verhältnissen der frühen neunziger Jahre, als sich die CDU als ostdeutsche Mehrheitspartei zu etablieren schien. Sie konnte 2002 ihr Ergebnis gegenüber dem erdrutschartigen Einbruch 1998 lediglich um einen Prozentpunkt auf 28,3% verbessern. Damit blieb sie deutlich hinter der SPD zurück, die seit 1990 ihren Stimmenanteil zum dritten Mal in Folge von anfangs 24,3% auf nunmehr 39,7% steigern und ihre Spitzenposition ausbauen konnte. Da in Ostdeutschland nur vergleichsweise wenige Bürger langfristig stabile Loyalitäten zu politischen Parteien entwickelt haben, darf dieses Ergebnis nicht ohne weiteres als Indiz dafür gewertet werden, daß die SPD in den neuen Ländern auch künftig die Mehrheit der Stimmen für sich verbuchen kann; weil die Bürger in den neuen Bundesländern jedoch eher 'linke', staatsinterventionistische und egalitäre Politikentwürfe bevorzugen, dürfte die SPD mit ihrem Programmangebot besser als CDU und FDP in der Lage sein, die in den neuen Ländern zahlreichen ungebundenen und kurzentschlossenen Wähler für sich zu gewinnen; deshalb erstaunte es nicht, würde die SPD dort auch künftig stärkste Partei werden. In Ostdeutschland könnte daher die Wahl 2002 tatsächlich einen Schritt zu einer neuen Normalität bedeuten.

Zum anderen ist in den alten Bundesländern ein deutliches Nord-Süd-Gefälle zu beobachten: In Norddeutschland ist die SPD klar die stärkste Partei, in Süddeutschland dominieren dagegen CDU und CSU. Diesem altbekannten regionalen Muster verlieh 2002 die Kandidatur des Bayern Stoiber für das Amt des Bundeskanzlers eine zusätzliche Akzentuierung, da die Union in ihren traditionellen Hochburgen zulegen, vor allem aber in Bayern ganz erhebliche Zugewinne von 10,9%-Punkten verzeichnen konnte, während sie in Norddeutschland wegen Vorbehalten gegen die Person und die Herkunft ihres Kanzlerkandidaten nur geringfügige Gewinne verbuchen konnte und in einigen Wahlkreisen sogar Verluste hinnehmen mußte.

Zu dem knappen Sieg der rot-grünen Bundesregierung hat eine Reihe von Faktoren beigetragen. 2002 beeinflussten Kandidatenorientierungen das Wahlverhalten vergleichsweise stark. Daher kann der Ansehensvorsprung Schröders vor Stoiber, der sich zu einem gewissen Teil aus eher unpolitischen Eigenschaften der beiden Kanzlerkandidaten speiste, als ein

Baustein des rot-grünen Wahlsieges gelten. Gleichwohl verdankt die Regierung ihre Wiederwahl nicht ausschließlich der persönlichen Popularität des Kanzlers. Denn zum einen enthalten Kandidatenorientierungen auch Kompetenzvermutungen, zum anderen beeinflussen Einstellungen der Bürger zu politischen Streitfragen das Stimmverhalten eigenständig. Hätten die Bürger allein anhand ihrer Kompetenzzuweisung auf dem Feld der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik entschieden, hätte die Regierung ihre Mehrheit vermutlich eingebüßt, da die Oppositionsparteien auf diesem Gebiet als leistungsfähiger galten, auch wenn die Regierung in den letzten Wochen vor der Wahl auch auf diesem Terrain Boden gutmachen konnte. Augenscheinlich spielten aber auch andere Sachthemen eine Rolle; nicht zuletzt fielen außenpolitische Fragen, auf die die Regierung im Urteil der Bürger die besseren Antworten aufzuweisen hatte, im Vergleich zu früheren Bundestagswahlen stärker ins Gewicht. Die Verschiebungen auf der öffentlichen Prioritätenliste kurz vor der Wahl können somit als eine zweite wichtige Ursache der rot-grünen Wiederwahl gelten. Die vorliegenden Anhaltspunkte erlauben daher zumindest den Schluß, daß das Wahlergebnis vom 22. September 2002 nicht als uneingeschränktes Mandat für die rot-grüne Regierung gelesen werden darf, auf den zentralen innenpolitischen Feldern die Regierungspolitik der vorangegangenen Legislaturperiode unverändert fortzusetzen.

In den nach der Wahl zügig aufgenommenen und abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen faßten die Regierungspartner denn auch Beschlüsse, die signalisieren sollten, daß sie der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit oberste Priorität einräumten und auch neue Wege nicht scheuten; dazu wurde beispielsweise ein so genanntes ‚Superministerium‘ für Wirtschaft und Arbeit unter Führung des ehemaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement geschaffen. Abseits dieser eher symbolischen Schritte ließ die Koalitionsvereinbarung indessen wenig Mut und Willen zu entschiedenen Reformen des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme erkennen, weshalb sie in der Öffentlichkeit eher kritisch aufgenommen wurde. Überschattet wurde sie zusätzlich von Informationen über dramatische Finanzierungslücken im Bundeshaushalt, die den Regierungsangaben vor der Wahl widersprachen und SPD wie Bündnisgrüne dem Vorwurf der Wählertäuschung aussetzten. Nicht zuletzt dieser Mangel an Glaubwürdigkeit verhinderte einen gelungenen Start der rot-grünen Koalition in ihre zweite Amtszeit.

Die Oppositionsparteien widmeten sich nach der Wahl zunächst der Suche nach den Ursachen für ihr Scheitern. In der FDP überlagerte die personelle die inhaltliche Diskussion, da sich die Kritik vordringlich auf die Person Jürgen Möllemanns konzentrierte, der wegen unlauterer Wahlkampffinanzierungspraktiken wenig nach der Wahl seine Parteiämter verlor. Der PDS bot das Scheitern einen neuen Anlaß, die Auseinandersetzung zwischen systemoppositionellen und reformerischen Kräften fortzusetzen. Ganz ähnlich entspann sich in der Union eine Richtungsdebatte, die sich vor allem um die Frage drehte, ob sich CDU und CSU verstärkt umwelt- und sozialpolitischen Themen und urbanen Wählern zuwenden und für schwarz-grüne Koalitionen öffnen sollten.

Damit zeichnen sich nach der Wahl 2002 interessante Perspektiven ab. Jedoch ist im Moment nicht absehbar, wie sich einzelne Parteien und das Parteiensystem weiterentwickeln werden. Ebenso kann man nur darüber spekulieren, ob die Wahl 2002 einen weiteren Abschnitt einer rot-grünen Epoche oder die Schlußphase einer rot-grünen Episode eröffnet hat; denn wie kaum ein Urnengang zuvor hat sie gezeigt, daß ein Wahlausgang nur eine Momentaufnahme in der fortwährenden politischen Meinungsbildung einer Gesellschaft darstellt.